

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Redaktion: Nachrichten Dresden.
Telefon: 25 241.
Postfach: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Zusatz: Beiträge gegen Vorabzahlung.
Anzeigen-Preise:

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neubauer & Neuberger in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Innerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Briands Entwaffnungsmemorandum.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten noch nicht beigelegt. Frankreichs vernichtende Finanzlage. - Der undurchführbare Dawesplan. - Ritti gegen die französischen Garantieansprüche.

Drei Dokumente.

Prüfung des Memorandums durch die englische Regierung. (Durch Funkgespräch.)

Paris, 13. Mai. Das gestern vom Ministerrat genehmigte Memorandum über die Entwaffnung Deutschlands, das der Vorkonferenz zugehen wird, enthält drei Dokumente.

Das erste Dokument entwickelt den französischen Standpunkt, so wie ihn die französischen Sachverständigen festgelegt haben, und legt den wesentlichen Zweck dar, den die französische Regierung dadurch erreichen will, daß sie die unbedingte Durchführung der Vertragsklauseln und der Vorschriften der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland fordern will.

Das zweite Dokument entwickelt die Auffassung, die Frankreich hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens vertritt.

Das dritte Dokument endlich ist ein Verzeichnis der angeblichen Verletzungen Deutschlands, wie sie die Interalliierten Delegationen festgestellt hätten.

Beispielsweise ist das Gutachten des Interalliierten militärischen Komitees noch in Verfall. Das Memorandum ist demnach, ebenso wie das britische Memorandum, angelehnt. Nach dem „Matin“ beziehen sich die einzelnen

Meinungsverschiedenheiten.

die noch zwischen London und Paris bestehen, nur auf gewisse Fragen des Vorgehens bei der Forderung, an Deutschland, daß es die Bedingungen der Entwaffnung, so wie sie die Kontrollkommission aufstellt, erfüllt. Der französische Entwurf werde gegenwärtig von den Sachverständigen der britischen Regierung geprüft. Im „Matin“ wird mitgeteilt, daß zweifellos ein Einverständnis über alle Punkte erzielt werden könne. Außenminister Briand hat gestern abend allen in der Vorkonferenz vertretenen Delegationen den Text des französischen Memorandums überreicht. Sobald London Stellung genommen hat, können die Vorkonferenz in die Prüfung der Materie eintreten. Wie bereits berichtet wurde, glaubt man, daß die Vorkonferenz am Freitag zusammenzutreten werde.

Man glaubt in Paris politischen Kreisen, daß die Note in etwa zehn Tagen der Berliner Regierung übergeben werden können.

Dawes' Stimmungsmache für den Garantiepunkt.

(Durch Funkgespräch.)

Paris, 13. Mai. Der gestern durch den Ministerrat genehmigte Notenentwurf in der Frage des Abschusses eines Garantiepunktes für die Abriegelung ist am Nachmittag dem englischen Botschafter überreicht worden. Das gleiche Vorgehen wird, wie Dawes berichtet, auch gegenüber Belgien eingeschlagen werden.

Italien wird nicht erwähnt.

Erst nachdem ein Einverständnis unter den Alliierten über den Text der Note erzielt worden sei, werde die französische Antwort in Berlin überreicht werden. Der Notenentwurf, so heißt es im Dawes-Bericht weiter, ist von den Ministern häufig auf genommen worden. Er scheint tatsächlich Konsistenz und Weisheit zu zeigen. Weit entfernt, das deutsche Angebot als ungenügend zurückzuweisen, befunde

Frankreich damit den guten Willen, mit den ehemaligen Feinden nach Mitteln zu suchen um weitgehende Friedensbürgerlichkeiten durchzuführen. Denn es sei

Aufsicht der französischen Regierung, daß der deutsche Vorschlag nur Interesse haben könne, wenn er nicht nur den Frieden festhalte, sondern die bestehenden Vertragsklauseln verstärke (!).

Das gleiche gelte von den in Kraft befindlichen Uebereinkünften über die Befreiung der Rheinlande. Die Schlussfolgerungen des ins Auge gefassten Paktes dürften „selbstverständlich“ den Rechten und Interessen der Länder Mitteleuropas, wie Polen, der Tschecho-Slowakei und Österreich keinen Abbruch tun. Endlich könne das Abkommen nur unterzeichnet werden, wenn Deutschland in den Völkerbund einträte. Die Mitteilung schließt: Das sind schließlich die hauptsächlichsten Grundzüge, die die französische Antwort entwickelt. Man muß jedoch hinzufügen, daß sie nicht einen Fragebogen an die Reichsregierung richte, wie das vorausgegangene Ministerium beabsichtigt hatte, so daß alles in letzter Linie von Deutschland abhängt (?), wenn es Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes einleiten will, die es jetzt, nachdem der französische Standpunkt festgelegt wurde, in voller Kenntnis der Dinge durchführen kann.

3,894 Milliarden Fehlbetrag im französischen Budget.

Paris, 12. Mai. Heute nachmittag hat Caillaux vor der Finanzkommission der Kammer Bericht erstattet über die Finanzlage. Nach der Durchführung aller sogenannten Liquidationsmaßnahmen will Caillaux erst an das große Problem der Sanierung der Finanzen herangehen. Der Fehlbetrag belaufe sich augenblicklich auf 3,894 Milliarden Franken.

Die innere Schuld beläuft sich nach Caillaux' Berechnungen auf 280 Milliarden Franken, und zwar 150 Milliarden konsolidierte Renten und 130 Milliarden kurzfristige Verpflichtungen verschiedener Art. Caillaux erklärte, um zur Sanierung zu gelangen, müßten die Einnahmen um 500 Millionen erhöht werden.

Bei diesen Steuern werde ein Jahreseinkommen von 25 000 Franken unverändert bleiben, und erst von dieser Grenzanzahl werde eine Beherrschung eintreten, damit nicht die besitzlosen Klassen durch indirekte Steuern zu schwer belastet werden. Dann beschloß die Kammer eine Beteiligung an den verschiedenen Industrieunternehmen, ohne dabei aber an eine Entzerrung oder konkurranzlose Maßnahmen zu denken. Wenn die Kapitalmärkte bei Caillaux eine Strafe vorzeichen, die auf eine Beschneidung des verflüchteten Kapitals bis 50 Prozent hinausläuft.

Caillaux kündigte zum Schluß noch an, daß weitere Finanzpläne in Ausarbeitung begriffen seien u. a. einer hinsichtlich der Erbschaftsteuer, bei der eine Herabsetzung der nach Ansicht Caillaux' übertriebenen Sätze ermöglicht werden könne. Außerdem glaubt der Finanzminister, das Defizit vielleicht in kurzer Zeit beseitigen zu können. Er lasse eine Ausführungsbestimmung für Steuererlässe ausarbeiten, die die Verpflichtungen der Steuerzahler bestimme und zu gleicher Zeit die Steuerabnahme vereinfache. Nach diesem Exposé des Finanzministers ist der Finanzausschuß in die Beratung desselben eingetreten.

Freiherr von Stumm gestorben.

Berlin, 13. Mai. Der frühere deutsche Botschafter in Madrid, Freiherr Ferdinand v. Stumm, ein Bruder des bekannten ehemaligen Großindustriellen „Abnia Stumm“, ist im Alter von 82 Jahren infolge Verfalls verstorben. Er hatte seinerzeit treu zu Bismarck gehalten, was zu Differenzen mit Herrn v. Holtz in führte. 1893 schied der Verstorbenen, der Anfeindungen mied, aus der diplomatischen Karriere. Er war ein ausgezeichnete Kunstsammler und Zerstörer. Nach dem Tode seines Bruders war er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Werke Gebr. Stumm, und in dieser Stellung maßgebender Leiter der Firma bis Ende 1921.

Ein auffeherregender Artikel Rittis.

Nicht Frankreich, sondern Deutschland braucht Garantien. London, 12. Mai. „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Leitartikel Rittis, in dem dieser darlegt, daß keine Annäherung an den Frieden ohne ein vorheriges direktes Uebereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich möglich sein werde. Es sei aber ein grundlegender Irrtum, von Garantien für Frankreich zu sprechen. Wenn irgendein Land jetzt Garantien brauche, so sei es Deutschland, das gezwungen sei, unter bewaffneten Feinden unverteidigt zu leben, und zwar unter Feinden, von denen einige, wie Polen, keine Mühseligkeit in ihren Forderungen zeigten.

Ritti kommt zu dem Schluß, daß alle Länder Garantien brauchen. Früher oder später würden die Vereinigten Staaten von Europa notwendig werden. Der italienische Staatsmann wiederholt die französischen Argumente, daß Frankreich dreimal in einem Jahrhundert von Deutschland angegriffen worden sei, und betont, daß die Verantwortung für den Weltkrieg 1914 noch festgelegt werden müsse. Er wiederholt die Worte Lloyd Georges, daß alle die Verantwortung teilen, da alle in den Krieg hineingeführt wurden. Ritti bezeichnet ferner die durch den Versailler Vertrag auferlegte Entwaffnung aller besiegten Völker als einen in der modernen Geschichte noch nicht dagewesenen Schritt. Er hebt hervor, daß viele Siegerstaaten sowie die neuerschaffenen Staaten ihre Mitteln verdoppelt hätten. Polen mit dem Danziger Korridor und mit allen Absurditäten des Versailler Vertrags mit seinen eigenen imperialistischen Bestrebungen stelle eine Gefahr für alle dar. Ein gegenständlicher Garantiepunkt zwischen dem Völkerbund und anderen Staaten sei nicht möglich, bevor es allererst eine Revision der schismatischen Ungerechtigkeiten der Versailler Vertragsbestimmungen habe. Als Chamberlain sich bereit zeige, alle Vorklagen, für die Deutschland bereit sei, welche Sicherheiten zu geben, anzunehmen, habe er gezeigt, daß er das Problem von seiner weichen Seite ins Auge faßt. Eine Aktion Großbritanniens könne weitreichende Auswirkungen haben.

Parker Gilbert hält den Dawes-Plan für undurchführbar.

Höchstens 50 Prozent der Zahlungen zu erwarten. Mailand, 12. Mai. Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ erzählt angeblich aus guter Quelle: Deutschland werde kaum die Hälfte der im Dawes-Plan vorgesehene Zahlungen leisten können. In Londoner Kreisen gingen seit einigen Tagen pessimistische Gerüchte über die künftige Durchführbarkeit des Dawes-Planes um. Man glaube, wie der Korrespondent erklärt, zu wissen, daß der Agent für die Reparationszahlungen,

Parker Gilbert, an die Reparationskommission einen vertraulichen Brief geschickt habe, in dem betont werde, die Anwendung des Dawes-Planes werde nicht mehr als 50 Prozent von dem Betrage einbringen, den man errechnet habe.

Drei Viertel der bisherigen Zahlungen würden der Deutschland gewährten 800-Millionen-Anleihe entnommen. - Auch der amerikanische Schatzsekretär Garrard sei aus Berlin pessimistisch zurückgekehrt. Die Lage sei deshalb so ernst, weil der Dawes-Plan die erste Grundlage der europäischen Gewandlung sei. Man befürchte, jetzt von vorn beginnen zu müssen. In London werde behauptet, die französische Regierung werde in Besorgnis der politischen Folgen des Zusammenbruchs des demokratischen Kabinetts Herriot den Inhalt des Briefes von Parker Gilbert geheim halten lassen. Es läge aber auf der Hand, daß man eine solche Lage nicht verheimlichen könne.

Das neue belgische Kabinett gebildet.

(Durch Funkgespräch.)

Brüssel, 13. Mai. Um 10 Uhr begab sich van der Bypere in den Palast, um dem König mitzuteilen, daß er das Ministerium gebildet habe.

Entgegen der bisherigen Annahme, werden die Portefeuille des Auswärtigen, Kunst und Wissenschaften und des Eisenbahnministerium nicht befehlt. Diese drei Ressorts werden von den im Amt befindlichen Ministern verwaltet. Ministerpräsident van der Bypere übernimmt auch die Finanzen. Das Justizministerium wird mit dem ehemaligen Vorstand des Rechtsanwaltsverbandes, Abg. Theodor, das Ministerium für nationale Verteidigung mit dem General Delehaut befehlt. Die übrigen Portefeuilles bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber. (ZfW.)

Neuer Personalabbau bei der Bahn.

Staatssekretär Stieler kündigt weitere Sparmaßnahmen an.

Berlin, 13. Mai. In einer gestern Abrechnung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft betonte mit sämtlichen Präsidenten der Reichsbahndirektionsbezirke der stellvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stieler, daß die Finanzlage des Unternehmens weiterhin auf das Äußerste angespannt, und daß es infolgedessen notwendig sei, an einer

Isolierten Minderung der Personalausgaben

anzuhalten. Jede einzelne Dienststelle sei unverzüglich daraufhin zu untersuchen, ob und wieviel Personal bei ihr entbehrlich sei. Es dürfe nur das Personal beibehalten werden, das gegenwärtig unbedingt gebraucht werde.

Das zu erreichende Ziel sei die weitere Verminderung des Beamtenkörpers um rund 20 000 Köpfe.

Dabei müsse die Zahlung von Pensionen und Wartegeld grundsätzlich vermieden werden. Der Abbau müsse in der Weise erfolgen, daß jüngere Beamte unter Aufkündigung des Beamtenverhältnisses in das Arbeiterverhältnis versetzt und dafür die entsprechende Anzahl von Arbeitern entlassen würde.

Die Eisenbahnorganisationen hatten am 30. April den Generaldirektor der Reichsbahn um eine Rücksprache über die Lage des Unternehmens und deren Auswirkung auf die Personalverhältnisse ersucht. Sie wurden daraufhin für den 11. Mai zu einer Besprechung geladen, zu der sich aber nicht der Generaldirektor, sondern ein Hilfsreferent eingefunden hatte, mit dem die Organisationsvertreter eine Verhandlung „abgelehnt“. Nunmehr soll die Rücksprache zwischen Staats-

sekretär Stieler und den Verbänden morgen stattfinden. Von ihrem Verlauf wird die Stellungnahme der Beamtenorganisationen bei der Reichsbahn zu den Abbaumassnahmen und den Veränderungen des Rechtsverhältnisses der Beamten abhängen.

Polen bereitet die Besichtigung der Transitzirke vor.

Danzig, 12. Mai. Nach einer der Danziger Allgemeinen Zeitung“ aus durchaus zuverlässiger Quelle von auswärts zuachende Meldung ist man in Polen seit den letzten Tagen bestrbt, an der Strecke Marienburg-Schneidemühl, soweit sie durch polnisches Gebiet geht, die Beweise ihrer Verunsichertheit zu beseitigen. In den letzten Nächten ist fieberhaft daran gearbeitet worden, die schadhafte Schwellen auszuwechseln, um so unangenehme Feststellungen unumgänglich zu machen. Es sei aber dennoch zu hoffen, daß durch die vom Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr durch den Korridor angeordnete Untersuchung Klarheit geschaffen und die Fernschiffahrt der Strecke, durch die das Unglück bei Starogard ermöglicht worden sei, vor aller Welt rehabilitiert werde.

Berlin, 13. Mai. Nach polnischen Meldungen soll die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft vom polnischen Minister als Entschädigung für das bei dem Korridorunglück zerstörte Eisenbahnmateriale 8 Millionen Reichsmark gefordert haben. In dieser Summe sollen auch die an die Hinterbliebenen der verunglückten Personen gezahlten Beträge enthalten sein.

Diese Meldung ist, wie an zuständiger Stelle hier erklärt wird, unzutreffend. Bisher ist von den beteiligten deutschen Stellen noch kein Entschädigungsanspruch in bestimmter Höhe erhoben worden.